

Landtags-Beilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 13.

Bearbeitet mit der Herausgabe: Hofrat Doenges in Dresden.

1915.

Landtagsverhandlungen.

II. Kammer.

(Fortsetzung der Sitzung vom 14. Juli vorm.)

Mitberichterstatter Abg. Schmidt-Zeisberg (ton):

Wenn auch der Bericht mit Recht davon spricht, daß die Befreiung einheitlich gezeigt werden seien, so möchte er doch noch paare Erklärungen zu verschiedenen Befreiungen geben deshalb, weil vielleicht sonst ihre Haltung daran im Lande nicht vollständig verstanden werde. Wenn davon gesprochen worden sei, doch starke Meinungsverschiedenheiten über die Materie entstanden seien, so sei das bei allen darüber Angelegten eben ja nur natürlich, weil die verschiedenen Parteien in ihren Grundanschauungen verschiedene Auffassungen von einer Sache haben müssten. Wenn es aber trotzdem zu einer Einigung gekommen sei, so beweise das, daß aus allen Seiten ein harter Einigungswille und ein einigendes Moment vorhanden seien, nämlich die Verfolgung des Zweckes, den Bevölkerung Lebensmittel zu annehmenden Preisen zu versorgen. Also über das Endziel seien sich alle einig gewesen, nur nicht völlig einig über den einzuschlagenden Weg. Die Konservativen seien von vorherher der Ansicht gewesen, daß die Sicherstellung der Ernährung des Volkes nur möglich sei durch die Sicherheit der Produktion. Es sei ganz natürlich, daß, wenn die Sicherstellung der Produktion unabdingt nötig sei, natürlich dann auch die Höchstpreise der Produktion genügt werden müssen. Wenn sich in Zukunft wieder einmal eine Anordnung wie die Bereitstellung von Dauerwaren notwendig machen sollte, so bitte er die Regierung, doch auf dem Wege des Geheimerlasses entsprechend anzurufen, damit das Parlament nicht erst in Angst und Sorge verkehrt werde. Gegen die Befreiungnahme der Kartoffeln hätten sie gewisse Bedenken gehabt, sie hätten sich aber mit dem Worte „Sicherstellung“ einverstanden erklärt. Wie diese erfolgen sollte, wisse er heute aber noch nicht. Es sei gar nicht anders möglich, als daß man die Sicherstellung dadurch herbeiführe, daß die Versorgung der Gesamtbevölkerung durch die Kommunalverbände erfolge. Dem Antrage, daß den Kommunalverbänden die Selbstwirtschaft gestattet würde, hätten sie sich angegeschlossen; er möchte bei dieser Gelegenheit über den Wunsch aussprechen, daß man auch den Landwirten die Selbstversorgung möglichst erleichtern möchte. Große Bedenken hätten sie dagegen geäußert, den Durchschnittspreis der letzten zehn Jahre als Höchstpreise zugrunde zu legen. Sie hätten aber dann für diesen Zeitraum gestimmt, weil in demselben gesagt wurde, daß Aufschläge, welche die erhöhten Herstellungskosten während des Krieges gewissermaßen ausgleichen, gewährt werden sollten. Auch gegen die Bestimmung, daß die Höchstpreise, sowohl die Stalpreise, als auch die Verkaufspreise, festgelegt werden sollten, hätten sie große Bedenken gehabt, besonders wegen der Durchführbarkeit; und nicht nur sie, sondern auch die Regierung selbst und auch die Dresdner Landeskammer. Trotzdem hätten sie dafür gestimmt aus der Erwähnung heraus, daß das Ziel ein so erreichbares sei, daß man versuchen müsse, die ganzen Schwierigkeiten zu überwinden. Wenn man dazu komme, Verkaufspreise für Fleisch in den Fleischereien einzuführen, so müßten diese Verkaufspreise sich natürlich den Stalpreisen möglichst nähern. Wenn man etwa daraus den Schluss ziehen möchte, daß die Ladenbesitzer das Parlament überzeugen, so würde das ganz gewiß sehr falsch sein. Die Ladenbesitzer hätten von dem Gewinn, der sich herausgestellt zwischen Stalpreis und Verkaufspreis, das Allerwerteste, die dazwischen liegenden Hälften nehmen das weg. Wenn es möglich wäre, den Bäcker, der hier ganz entschieden getrieben worden sei, richtig zu treffen und auszuholen, wenigstens dadurch, daß man Verkaufspreise einführt, so seien sie erfreut, die alles unterstützen, was in dieser Hinsicht geschehen könnte. Mit großer Freude hätten sie begrüßt, daß durch die Bundesratsverordnung die Versorgung der Bevölkerung mehr in die Hände der Kommunalverbände gelegt werde als bisher. Sie erhofften davon, daß man die Sache mitunter etwas sachverständiger behandelt als bisher. Zu Punkt 4b des Berichts möchte er noch auf eins hinweisen. In der Zukunft werde es ja mit den Buttermitteln etwas besser werden. Das durch die Bundesratsverordnung über die Käse, die nicht aus deutschem Getreide stamme, freies Handelsrecht bleibe, und daß man nicht davon gedacht habe, auch hier Höchstpreise einzuführen, das sei seines Erachtens ein Wangel. Über die Zusammenfassung des Aussichtsrates und der Geschäftsbüro der Reichsgesetzestelle, die in § 11 bis 12 der Bundesratsverordnung geregelt sei, könne er nur seine Freude ausdrücken. Es bedauert nur, daß man bei der Zusammenfassung die Handwerker vollständig vergessen habe, die sich mit der Herstellung von Lebensmitteln beschäftigen. Im großen und ganzen möchte er die Meinung vertreten, daß in der Deputation außerordentlich und außerordentlich fleißig gearbeitet worden sei und daß etwas Zustande gebracht worden sei, was der Regierung mit auf den Weg gegeben werde, das der Meinung des sächsischen Volkes im allgemeinen Ausdruck gebe. Hoffentlich werde diesen Wünschen entsprochen. (Lebhafte Bravo! rechts und in der Mitte.)

Mitberichterstatter Abg. Lange-Leipzig (ton):

Man könne nicht erwarten, daß der vorliegende Bericht die Ernährungsfrage löse oder sie auch nur einigermaßen läse, man könne auch nicht erwarten, daß der Bericht der Deputation überall Bestrebung auslösen solle. Das liege aber weniger an den Beratungen als an dem Wegenstand der Beratungen. Es habe sich nur darum gehandelt, die Wünsche zu formulieren, die man der Regierung habe mitgeben wollen und die sie bei dem beschränkten Einflusse, den sie im Bundesrat habe, noch ihrem besten Wissen und Gewissen zu vertreten suchen solle. Diese Wünsche seien zum Teil auch überholt. Nicht uninteressant sei es für ihn gewesen, daß es in den Beratungen bei dem guten Willen von allen Seiten nicht gelungen sei, den Vertreter der Lebensmittel ausführlich zu machen. Selbstverständlich sei die Landwirtschaft vollständig unschuldig daran. Die Landwirtschaft habe gar keinen Vorteil davon gehabt, sondern sie ringe um ihre Existenz. Die Landwirtschaft sei weit gegangen, sie habe ihre guten teuren Saatgattstoffe verkauft und sich damit begnügt, gewöhnliche Speisegattstoffe zu pflanzen, gewiß ein großer Fehler, was seitens der Landwirtschaft gedacht worden sei. (Lange, links.) Die Mühlen und natürlich auch die Bäckereien hätten so furchtbare Rol. Ihre Leidenschaft verdoppelt sich, verdreifacht sich zwar, aber das ist nicht zur Sache, jedenfalls fragten sie nach allen Regeln der Kunst. (Sehr gut! links.) Und die Bäcker natürlich, denen geht es erst recht schlecht. Verdienst gebe es nicht. Sie wollten nur an der Verteilung eingeschaltet sein, damit sie Bewegung hätten. Verdienst wollten sie keinen Augenblick. Und darum müsse man die Konsumanten durch die Höchstpreise vor sich selbst schützen. Das sei der Zweck der Höchstpreise. Das sei ungefähr das Resultat von dem, was von verschiedenen Seiten zur Begründung vorgetragen worden sei. Und zu diesem Zweck werde aus Frankreich, aus England verwiesen; die Preise dort seien viel höher, als in Deutschland. Wenn man sich auf den Standpunkt setze, daß die Engländer ein ganz verschiedenes Grämervolk seien, dann dürfe man das in Deutsch-

land nicht nachmachen. Dies wäre ja ein Punkt, deutsche Art, deutsches Wesen und deutsche Kultur zu beweisen. Nun sage man: Ja, wenn Höchstpreise festgesetzt werden, dann geschiehe nicht nach den gegenwärtigen Produktionssätzen, dann gefährde man die Produktion. Auf diesen Standpunkt könne man sich nur dann stellen, wenn man den Krieg als eine dauernde Einrichtung betrachte. Redner streift dann kurz einige Wünsche, z. B. lasse man die sanitären Maßnahmen ganz und gar außer acht. Was heißt das? V. an Wurst fabriziert werde, das habe nur noch den Namen mit der Wurst gemein. Und so sei es auch auf dem Gebiete der Marzipanfabrik und auf dem Gebiete der Milch. Es wäre da zu wünschen, daß im Interesse der Gesundheit des Volkes die Regierung nicht allzuweit die Jügel schleifen ließe. Auch die sogenannte Liebesabstimmung habe da recht große Sünden begangen. Was da an Qualität und Quantität geboten werde, grenze an Wucher. Das Deutsche Reich habe seine Zolle an den Grenzen aufgehoben, damit das, was herein kommt, nicht noch versteuert werde. Aber der Staat Sachsen habe seines Schlach- und Übergangsteuer nicht aufgehoben. In Sachsen verbiete man Versammlungen, die sich mit der Lebensmittelsteuer beschäftigen wollten. In Bayern verbiete man den Bucher und setzt auf ihn Gefangenstrafen. Er meinte, es sieht sich auch auf diesem Gebiete noch etwas mehr vor, seit der Regierung, nun. Erstens sei die Bundesratsverordnung, die gestern durch das Wohlige Teppichbüro bekannt geworden sei, über die Braunkohlenindustrie, die zwangsläufig Zusammenföderung und Preisregulierungen erfordere. Gerade die höchste Regierung hätte auf diesem Gebiete ein großes Feld der Tätigkeit. Es sei doch nicht unbekannt, daß ein Prager Konsortium fast die ganze sächsische Braunkohlenindustrie in seine Hände gebracht habe. (Sehr richtig!) Jedoch nicht nur die sächsische Industrie, sondern auch die Bevölkerung auf die Tauer geföhret werden könne. Die Bundesratsverordnung bietet die Handhabe zur Abhilfe. Redner ging dann näher auf die Ausführungen des Abg. Schmidt ein und schloß mit der nochmaligen Feststellung, daß genügend Nahrungsmittel in Deutschland vorhanden seien, daß man sich aus dies im Grunde auch nicht scheuen solle, Hand anzulegen, daß sie für jeden und zu einem annehmbaren Preis zugänglich seien. (Beifall links.)

Staatsminister Graf Bismarck v. Eichstädt
(nach den kenographischen Niederschriften):

M. H.: Die sehr eingehenden Beratungen der I. Deputation haben das erfreuliche Ergebnis gehabt, daß sämtliche Parteien zu einer gemeinsamen Formulierung ihrer Wünsche hinsichtlich der Höchstpreise gelangt sind, die ihnen für die weitere Behandlung der Ernährungsfrage als wesentlich erscheinen. Dies muß um so höher bewertet werden, als zweifellos je nach dem Standpunkt, den der einzelne im wirtschaftlichen Leben einnimmt, das Gewicht der Betracht kommenden Umstände sehr verschieden bereitstehen werden kann. Wenn es der Deputation gelungen ist, das Für und Wider bei so vielen Einzelfragen doch auf einer mittleren Linie zum Ausgleich zu bringen, so darf dies als eine wertvolle Erfüllung angesehen werden, daß alle Parteien in dem Willen einig sind, gegenüber den großen Aufgaben der Zeit alle Sonderwünsche zurückzustellen zu lassen. Die Regierung, die für Ihre Deputation, soweit es ihr irgend möglich war, das Parlament zur Verfügung gestellt hat, nimmt mit Interesse von dem Gesamtergebnis Kenntnis. Das die geäußerten Anträge zum großen Teil nur durch Entschließung der zuständigen Reichsstellen erledigt werden können, ist bekannt. Der Gang der weiteren Verhandlungen im Bundesrat über wirtschaftliche Maßnahmen muß selbstverständlich auch auf die Stellung der Staatsregierung von Einfluß sein, die nicht im voraus und ohne Kenntnis der Unterlagen, die in diesen Verhandlungen beigebracht werden, sich auf Einzelheiten einzulegen kann. Sie sieht jedoch nicht an, zu erläutern, daß sie sich mit dem grundsätzlichen Wunsche der Kammer, jeden nicht durch die Verhältnisse unabdingt gebotene Beteiligung der Lebenshaltung voraussichtlich der örtlichen Bevölkerung entgegenzuwenden, in vollem Einflange befindet. (Beifall rechts und in der Mitte.)

Abg. Günther (fortschr. Vp.):

dachte zunächst dem Verfasser des Berichts den Abg. Höpfer für seine unermüdliche Tätigkeit und Ausdauer. (Lebhafte Zustimmung), wofür ihm gewiß die Anerkennung des Hauses nicht ver sagt werde. (Bravo!) Gewiß handle es sich bei den von der Vertretung des sächsischen Volkes in Abreinstimmung mit der Staatsregierung geschaffenen Befreiungen nur um Wünsche, welche die Staatsregierung im Bundesrat vertreten sollte, das schließe aber — und das habe auch der Dr. Minister des Innern deutlich zu erkennen gegeben — nicht aus, daß man im Bundesrat diesen reizlich erwogenen Vorschlägen volle Beachtung schenken werde. Bei der Beratung in der Deputation sei ihr Augenmerk darauf gerichtet gewesen, der Bevölkerung auch im Zukunft Lebensmittel in ausreichender Menge und zu erschwinglichen Preisen zu sichern. Es handle sich nicht um die Erhaltung eines einzelnen Standes, sondern es müßten möglichst alle Verhältnisse dem großen deutschen Vaterland erhalten bleiben. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Aber die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft müsse um des Ganzen willen erhalten bleiben. Diese Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft sei in der Deputation von verschiedenen Seiten voll anerkannt worden. Die heutigen Ausführungen des Hen. Abg. Schmidt-Zeisberg könnten aber außer Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft gewisse Zwecke ausfüllen lassen. Die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft lasse sich jedoch an der Hand der Erntebücher überzeugen nachweisen. Selbst unter Berücksichtigung der Bevölkerungs zunahme könne niemand den glänzenden Auftrag der deutschen Landwirtschaft in den letzten 30 Jahren bestreiten. Redner beweist dies durch statistische Zahlen über das Brotgetreide. Nicht allein aber beim Brotgetreide zeige sich eine gewaltige Zunahme, sondern auch bei den Buttermitteln. Daher werde noch Erhöhung der Ernte wohl auch die Buttermitteln behoben sein. In der Produktivität steige die deutsche Landwirtschaft unter den Kulturstämmen an allererster Stelle, und die großen Ertragszüge der deutschen Landwirtschaft, unter der die sächsische Landwirtschaft die erste Spur einnehme, beruhen nicht etwa auf dem Bölschung, sondern auf anderen Ursachen. (Sehr richtig!), besonders aber auf der Intelligenz und der Tüchtigkeit der deutschen Landwirte. Aus allen diesen Ursachen ergebe sich, daß auch bei einer mittleren Ernte Lebensmittel in Deutschland genügend erzeugt würden. Die immer steigende Produktion der Lebensmittel im eigenen Lande werde sich weiter fortsetzen. Er wisse wohl, daß eine intensivere Erwerbsweise auch größere Auswendungen erfordere, besonders zu Kriegszwecken. Aus solchen Erwägungen heraus stimme er und seine Fraktion bei der Festlegung der Höchstpreise dafür, daß diese für Getreide und seine Nachprodukte und für Speisegattstoffe nach dem Durchschnittspreis der letzten zehn Jahren zugleich eines durch den Kriegszustand bewogenen durchschnittlichen Mehrbrauchsmaßes festzusetzen seien. Dabei lasse er keinen Zweifel aufkommen, daß die gegenwärtigen Höchstpreise zweifellos zu hoch und auch durch die höheren Auswendungen in der Landwirtschaft während der Kriegszeit keineswegs gerechtfertigt seien. Man erwarte im allgemeinen eine gute Ernte, so besonders in Bayern. Seit mehr als 20 Jahren hätten dort die Bauern nach ihren eigenen Angaben — und das müsse gewiß etwas heißen — (Heiterkeit) kein schönes und vollwertiges Getreide gehabt wie in diesem

Jahre. (Gern in der Mitte: Sie sind vielleicht nicht so vorsichtig, die Bayerischen!) Sie breiten Volkschichten hätten sicher ein Recht darauf, daß die Höchstpreise herabgesetzt würden. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Es müsse bei den Höchstpreisen eine Preispolitik verfolgt werden, die es den weniger bemittelten Volksklassen ermögliche, ihrer Konkurrenz entsprechend ausreichende Lebensmittel zu kaufen. (Sehr richtig! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Eine solche Preispolitik bezeichne er als eine nationale Aufgabe der Regierung und der sächsischen Volksvertretung. (Sehr schön! bei der fortschrittlichen Volkspartei.) Die Sicherung der Ernte und die damit Hand in Hand gehende allgemeine Mobilisierung der Lebensmittel, ihre zweckmäßige Verteilung und Verbildigung würden ein weiteres Band bilden für das Durchhalten und den endgültigen Sieg des deutschen Volkes. (Bravo!)

Abg. Dr. Riechammer (nl.):

Dem ganzen Gang der Verhandlungen über die ganze Materie könne man entnehmen, welches lebhafte Interesse man im Lande habe, diese Frage hier im Plenum zu besprechen. (Abg. Riechammer-Lenzsch: Sehr richtig!) Man brauche in dieser Hinsicht glücklicherweise die Sorge nicht mehr zu haben, daß das Ausland aus diesen Ausführungen Kapital für sich mache. Er lasse es dahingestellt, ob England in seiner Selbstüberhebung wirklich die Verhandlungen des Landes im einzelnen verfolge. Er möchte nur wünschen, daß es dies mit der nötigen Gründlichkeit tue, dann könne es nur die Belebung dessen finden, daß an ein Auskunftsamt in Deutschland und auch in Sachsen nicht zu denken sei. (Sehr richtig!) Auf Einzelheiten eingehen möchte er im Hinblick auf die eingehenden Deputationsberatungen nicht. (Sehr richtig!) Nicht unverdrossen aber möchte er die längeren Ausführungen des Abg. Schmidt loslassen; der habe die Interessen des Landwirtschafts in einer Form vertreten, die wohl etwas über das Maß seiner Tätigkeit als Abgeordneter hinausgeht. (Sehr richtig!) Dem Abg. Lange, der in humorvoller Weise die verschiedenen Merkmale der Meinungsverschiedenheiten hervorgehoben habe, schließe er sich hinsichtlich der Kohlenfrage an. Es sei noch ein anderes schweres Bedenken bei den Beratungen über die Vollernährungsfrage geltend gemacht worden, daß Bedenken, daß es gegen den Brotzettel, die so in die Parteiengegenseite, vor allen Dingen in die Interessen gegenseitige hineingreife, wie es die Rotfrage ist. (Sehr wahr in der Mitte.) Aber um so höher sei es anzuerkennen und um so mehr darf man sich freuen, daß man sich durch dieses Bedenken nicht habe abhalten lassen, diese Angelegenheit hier öffentlich zur Sprache zu bringen. (Sehr richtig!) Er möchte sagen, daß eine Belebung des Brotzettels, wie sie in der Deputation und auch in diesen Beratungen hier an den Tag getreten sei, in weiterem Sinne dem schlichten Wunsche Rechnung trage, daß aus der Zeit der Not unseres Vaterlandes, die das Volk zusammengebracht habe gegen den äußeren Feind (Sehr richtig!), auch eine Quelle inneren Friedens für die Zeit nach dem Kriege hervorgehe. (Bravo! in der Mitte. Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Und es könne als Vorschlag der Deputation anerkannt werden, daß alle Parteien sich ernstlich bestrebt haben, dem wichtigsten, dem großen vaterländischen Gesichtspunkt, um den es sich handle, lebhaften Rückhalt zu geben und zum Sieg und zum Erfolge zu verhelfen. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Schreiber (ton.):

Obgleich seine Partei der Meinung gewesen sei, daß der Antrag Riechammer eigentlich durch die Verordnung des Ministeriums des Innern, durch die Regierungserlasse wie auch durch die Bundesratsverordnung bereits in den Haushalten überhaupt worden sei, so ist ihr doch dieser Antrag durchaus nicht unverdrossen gewesen, weil sie auch darüber Gelegenheit gehabt habe, einmal eine eingehende Rücksicht an den Maßnahmen zu üben, welche die Regierung während des Krieges getroffen habe, und dann die schweren Angriffe zurückzuweisen, die von der Öffentlichkeit gerade in der gegenwärtigen Zeit vielfach gegen die heimische Landwirtschaft erhoben worden seien. Nun dürfe hoffen, daß aus den Ergebnissen wie aus den Erfahrungen des letzten Kriegsjahrs die nötige Folgerung gezogen werde und daß in bezug auf die Vollernährung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunalverbände vielseitige Überhürde befreit würden, die bis jetzt zutage getreten seien. Durch die ganzen Verhandlungen aber habe sich wie ein roter Faden die Anschauung durchgezogen, daß unsere Landwirtschaft verantwortlich zu machen sei für die Teverung, die jetzt auf dem Lebensmittelmarkt zutage getreten sei. Man sei über die Landwirtschaft hingerissen, und tatsächlich sei in letzter Zeit der Bauer, der Landwirt, der meiste gehobte Mann im Volle geworden. Er wolle nicht etwa in eine Polemik gegen die anderen Parteien des Hauses eintreten, er respektiere gern den Brotzettel, aber er könne die Sicherung geben, sie hätten das, was sie bei den verschiedenen Verhandlungen gehört hatten, gewissenhaft gebucht und würden bei späteren Gelegenheiten die Anschauungen der verschiedenen Parteien wieder in Auseinandersetzung bringen. (Sehr gut! rechts.) Hört, hört! Von einem Niedergewinn der Landwirtschaft könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus keine Rede sein, denn die Produktionsfaktoren der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren in ungeheurem Maße gestiegen. Redner wisse dann insbesondere die Angriffe des Abg. Lange gegen die Landwirtschaft zu verstehen, die Verhinderung wertvolle Verbesserungen eintreten würden. Die Verbesserungen, welche die Bundesratsverordnung vom 28. Juni bringt, habe er mit großer Freude begrüßt. Er teilte in der Haupthälfte auch die Aufzähungen, welche die Regierung in ihrer Entschließung ausgesprochen habe, und hoffte insbesondere, daß durch das erwähnte Selbstverwaltungsberecht der Kommunal

anderen zulässig! (Unterbre.) Es sei in der Deputation immer die Rede gewesen von Produzenten und Konsumenten, und da sei als Produzent immer die Landwirtschaft bezeichnet worden. Die Landwirtschaft trete aber auch in außerordentlichem Maße auf dem Lebensmittelmarkt als Konsument auf und empfände infolgedessen auch die Teuerung der Lebensmittel in demselben Maße wie andere Glieder des Volkes. Die Landwirtschaft sei doch auch als Konsument von großer Bedeutung für die Erzeugnisse der Industrie, die froh sein werde, wenn sie noch im Innern bei der Landwirtschaft eine tausendjährige Bevölkerung finde. (Sehr richtig! rechts.) Daher bitte er dringend, daß sie zu lernen, daß brauchen in der Öffentlichkeit ein gerechtes Urteil über die Landwirtschaft Platz greife. (Beifall rechts.)

Abg. Bindermann (soz.):

Er wünschte jedenfalls, daß ein gerechtes Urteil über die Landwirtschaft geführt werden könnte, und wenn die Landwirtschaft selbst die Hand dazu geboten hätte seit Ausbruch des Krieges, dann wäre dieses bessere Urteil auch da. Er möchte gleich dem Ruhende vorbeugen, daß besonders die Staatsregierung im Bundesrat sich wieder so viele Müh gebe wie in den früheren Jahren, nur um die Interessen der Produzenten zu schützen. Seit 15 Jahren habe man durch den Schutzoll die Landwirtschaft leistungsfähig und vom Auslande unabhängig zu machen versucht, seit 15 Jahren erhalten die Landwirtschaft die Prämien dafür, daß sie sich im Kriege auch leistungsfähig zeigen sollte, seit 15 Jahren habe sie bereits einen wesentlich höheren Preis durch den Sozialismus für ihre Produkte erreicht, um auch mit auf den Krieg gerüstet zu sein, und jetzt sieht man, wie herzlich wenig das alles gewirkt habe; man sieht sich jetzt enormen Preisen gegenüber, und man kann die Höhe der Preise nicht ausschließlich auf den Zwischenhandel schließen. Man habe sich ja die denkbare größte Mühe gegeben, und die Regierung lebt wohl monatlang gearbeitet, um denjenigen zu erwischen, der die Preise so sehr in die Höhe getrieben habe. Man habe in der Deputation trotz einer Anzahl Sachverständiger, seines Producents, die noch dazu ihren Direktor des Bundes der Landwirte mitgebracht hätten, nicht feststellen können, was da im März und April die Produzenten für Gewinne erhalten hätten. Man sollte sich nicht hinstellen und sagen, daß jetzt auch die Landwirtschaft ganz besondere Opfer bringe. Man sei seit Ausbruch des Krieges darüber einig, daß alle Eishäfen der Bevölkerung Opfer bringen müßten. Die Anhänger seiner Partei seien hier in der Kammer abgelehnt worden. Darauf hätten sie an der vorliegenden Materie mitgearbeitet, damit ziemlich einheitliche Beschlüsse zustande kämen. Die Beschlüsse durtzen aber nicht etwa bloß auf dem Papier stehen bleiben. Sie möchten von den Höchstpreisen wünschen, daß sie bedeutend erniedrigt würden. Die Regierung habe die Pflicht, darauf zu achten, daß nicht über die Höchstpreise bezahlt werden dürfe. Hier müßten ähnliche Kosten in Anwendung gebracht werden. (Sehr richtig! links.) Hier müßte der Bucher in seiner wahren Gestalt so hart getroffen werden, daß er als Verbrechen für alle Zeiten verbrandmarkt werde. Es sollte bei denjenigen hart zugriffen werden, die jetzt die Zeit des Burgfriedens, die Zeit der Presse- und Versammlungsverbote dazu benutzt haben, um sich am gesamten Volk zu bereichern. Hier müßte der Regierung Landabgaben gegeben werden, daß sie unbarmherzig zuzutreten habe, seien es Produzenten, seien es Händler. Der Konsument darf nicht wieder nach der Krise in eine solche katastrophalpolitische Preispolitik hineingetrieben werden wie in der jetzt verflossenen Zeit. Er glaube, sonst würde im Volle eine Unzufriedenheit entstehen, die sich anders Luft machen werde als in der Vergangenheit. Man habe die Krise des Auslandes nicht zu schauen, denn es sei schon festgestellt worden, daß Nahrungsmittel hausweise vorhanden seien, daß der Ausnahrungsplan der Feinde ebenfalls zufrieden geworden sei. Die Presse dürfe nichts bringen. Den Belagerungszustand, den sich Bayern nicht gefallen lasse und der uns durch ein preußisches Gesetz auskosten verboten sei, betrachteten sie als ungerecht. Man könnte verzicht auf sein, auch wenn der Belagerungszustand nicht existierte, wäre nichts vorgekommen, was vielleicht an Revolten oder an etwas Ähnlichem gegenwärtig hätte. Aber das eine müsse belont werden, damit habe man nur Öl und Feuer gegossen. Man habe auf die Regierung mit Fingerspitzen gezeigt und gefragt, ob sie kein Interesse daran habe, daß der Lebensmittelzufluss gestoppt werde, verbriebe sie die Versammlungen. Die Versammlungen sollten dazu dienen, daß Publikum zu beruhigen, nicht in überheblichem Entzerrung zu suchen sei. Und es sollten vor allen Dingen, was auch ganz befürwortet im Interesse der Regierung gelegen hätte, die normalen Zustände wieder hergestellt werden, damit nicht im Volle eine übermäßige Versorgung geschafft würde, die sich dann gegen solche Preissteigerungen Lust machen. Sie hätten deshalb ein Interesse daran, daß die Regierung in Zukunft mit dem Generalquartermäts des XII. und XIX. Armeekorps über die Versammlungsverbote in ganz anders verhandle, als es in der Vergangenheit geschehen sei. Man müßte sich wundern, daß die Bevölkerung so ruhig geblieben sei und daß sie sich nicht anders Lust gemacht habe. (Sehr richtig! links.) Es sei vom Burgfrieden geprägt worden. Er habe schon besont, wie seine Partei, wie alle Arbeiterorganisationen zu Anfang des Krieges versprochen hätten, so hätten sie ihn gehalten. Wenn bei der Regierung der Wille vorhanden sei, werde es auch gelingen, den schlimmsten Feindes auch im Innern, der in dem Lebensmittelzufluss zu suchen sei, habhaft zu werden. Deshalb könne der Regierung nur zugewiesen werden: Landgraf, werde endlich hart! (Bravo! links.)

Abg. Riehle-Rausch (kl.):

Seine politischen Freunde seien mit der Annahme und Behandlung, die der Antrag in der Deputation erfahren habe, im allgemeinen zufrieden. Er bedauerte außerordentlich, daß die Redner der konseriativen Fraktion in die heutige Schlussberatung eine gewisse Schärfe hineingebracht hätten. (Sehr richtig!) Man könne nicht davon sprechen, daß der Antrag überholt sei. Er habe die Empfindung gehabt, daß der Hr. Abg. Schreiber das Konzept seiner Rede fertiggestellt habe, ehe er den Bericht gelesen und die Reden der Herren des Hauses gehört habe. Somit hätte er die Ausführungen des Hrn. Abg. Günther nicht so missverständlich können, wie es der Fall gewesen sei. (Sehr richtig!) Der Hr. Abg. Schreiber habe überhaupt alles als eine Aktion gegen die Landwirtschaft hingestellt. Das sei aber, wie er schon früher betont habe, absonder nicht der Fall. Entscheide zurückweisen müsse er die Ausführungen des Hrn. Abg. Schreiber, daß er die Vorgänge in der Deputation gewissenhaft gebracht hätte, und die Konseriativen würden dafür Sorge tragen, daß sie bei passender Gelegenheit auch Bewertung finden würden. (Hört, hört!) Dem Hrn. Abg. Schreiber scheine es trotz seiner jahrsjährigen Zugehörigkeit zum Landtag nicht bekannt zu sein, daß die Verhandlungen in der Deputation streng vertraulich seien und daß das besonders im Protokoll der Deputationsverhandlungen zum Ausdruck gebracht werden sei. (Sehr richtig!) Er habe das Gefühl, als ob der Hr. Abg. Schreiber sich noch nachträglich beim Hunde der Landwirtschaft entschuldigen müsse, daß er landwidert habe, und nun das Verbrechen habe, sich hoffnungslos zu machen. Man wolle sich aber die Freude über die einstümigen Deputationsbeschlüsse auch durch die Ausführungen des Hrn. Abg. Schreiber nicht beeinträchtigen lassen. Der Umstand, daß ein einstimmiger Beschluß vorliege, könne für die Staatsregierung wertvoll sein, wenn sie in geeigneter Weise ihn bei den Verhandlungen im Bundesrat verwenden werde. Er sage ausdrücklich, daß sie aus der Deputation die Gewissheit mitgenommen hätten, daß in bezug auf die ganze Materie, die hier vorliege, ein volles Verständnis bei der Staatsregierung vorhanden sei. Sie seien auch nicht darüber entwöhnt, daß sie nicht mehr verschwiegen habe, als sie mit gutem Gewissen versprechen zu können glauben. Schreiber ging dann auf die Änderungen näher ein, die sein Antrag gefunden habe. Gegen

die Bevölkerung seiner Anträge habe er nichts einzubringen, so insbesondere bei I seines Antrages. Sie seien vollständig damit einverstanden, wenn die Regierung der Landwirtschaft besondere Unterstützung leite. Allerdings möchten sie dann aber auch dafür eintreten, daß eine parlamentarische Behandlung der Berufsförderung stattfinde (Lebhafte Sehr richtig!), und dies sei leider bis jetzt zu vermissen gewesen. (Sehr richtig!) Es liege ihm ein Brief eines seit Beginn des Krieges im Felde befindlichen Offiziers vor, in dem dieser sage, daß es eigentlich eine selbstverständliche Pflicht des Staates sei, daß er alle Militärangehörigen freie Urlaubsfahrt gewähre. (Sehr wahre!) Er meine, die hohen Kosten von ewigem Tauzie für untere tapferen Feldgrauen belämen einen bitteren Beigeschmac, wenn man den Angehörigen der einen Berufsschule die freie Fahrt gewähre (Abg. Träger: Sehr richtig!) und den anderen, die sie ebenso notwendig brauchten, die freie Fahrt nicht gewähre. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Er wünsche den Herren vom grünen Tische, daß sie einmal die Bemerkungen über eine derartig unterschiedliche Behandlung mit anhören könnten, und sage weiter, daß man nach wie vor mit großem Geschick und auch mit Erfolg es verleihe, von oben herauszufinden zu züchten. Er, Nebner, habe diesen wohlgemeinten Äußerungen nichts hinzuzufügen. Er bedauere, daß nicht ein Vertreter des Finanzministeriums da sei, der vielleicht in bezug auf die freie Eisenbahnfahrt auch für Angehörige anderer Berufsschulen die Initiative ergreifen könnte. Der Punkt, der zu den meisten Auseinandersetzungen Veranlassung gegeben habe, sei Punkt 4, die Forderung, daß der Nahrungsmittelunternehmer durch eine rechtzeitige Festsetzung der Höchstpreise in weiterem Umfang und in willkamerter Weise als bisher, insbesondere sowohl für den Groß- wie für den Kleinhandel, entgegenzuwirken sei. Das sei der Kernpunkt ihrer ganzen Bestrebungen. Wenn sie nun weiter dazu übergegangen seien, in der Deputation Richtlinien für die Festsetzung dieser Höchstpreise zu geben, so gehe aus den Ausführungen der Herren der Rechten hervor, daß sie nur mit schwerem Herzen an diese Art und Weise der Lösung herangegangen seien. Aber soviel steht fest, daß ein Weg gefunden werden müsse, ein Weg, der einmal gangbar und dann auch gerecht erscheine, und diesen Weg glaubte die Deputation auch gefunden zu haben. Auch die Herren der Rechten schienen anderen Weg gewußt zu haben, sonst hätten sie schon einen anderen vorschlagen. Sie hätten in der Hoffnung der Deputation doch wohl erreicht, daß der Produzent nach Möglichkeit geschützt sei und daß auch der Konsument einen entsprechenden Schutz erfahre. Doch es ihm nicht darum zu tun sei, der Landwirtschaft irgendwelche Schaden, wenigstens wissenschaftlich, zuzufügen, gebe doch auch schon daraus hervor, daß von ihrer Seite aus mit allem Nachdruck dafür eingetreten worden sei, daß der Nehrauswand eine Berücksichtigung bei der Festsetzung der Preise erhöhe. Wenn nun wirklich der Fall eintrete, daß der Konsument einen geringeren sei, doch hier und da in bestimmten Gegenden der Landwirtschaft nicht den Raum für seine Arbeit bewomme, auf den er in normalen Zeiten vielleicht rechnen könnte, dann wolle man immer berücksichtigen, daß Opfer von allen Teilen unseres Volkes verlangt würden. (Sehr richtig! in der Mitte.) Dann müsse man aber weiter berücksichtigen, daß das erste Opferjahr an dem weitauß größten Teile der Landwirtschaft spröios vorübergegangen sei. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen), während alle anderen Berufsschulen mit wenigen Ausnahmen im ersten Jahre des Krieges schon wesentlich Opfer hätten bringen müssen. Wenn weiter in bezug auf den Bucher eine Bestimmung getroffen worden sei, so habe die Deputation und vor allen Dingen auch seine politischen Freunde ihre Gründe dafür gehabt. Jedenfalls müsse der Staatsregierung die Möglichkeit gegeben sein, die Leute, die gegen die Absicht und gegen den Sinn des Gesetzes ständigen, auf Kosten der Allgemeinheit, entsprechend zu hofzen und zu verstrafen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen) Man sehe doch, daß jeder Stand die Schuld von sich abwölfe, und man würde sofort klar sehen, wenn die Regierung mit Ernst und Eifer dazu überginge, die wahren Schuldigen zu strafen. Sie seien der Meinung, daß der Bucher zu bestrafen sei dort, wo er sich finde. Zwischen einem angemessenen Verdienst und Bucher sei allerdings ein großer Unterschied. So wie der Hr. Abg. Lange das dargestellt habe, sei es doch nicht. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien lehnen die Not der Bevölkerung ebenso wie die Sozialdemokratie (Sehr richtig! in der Mitte), besonders die schwiegende Not, die am allermeisten unter diesen Preisen zu leiden habe. (Sehr richtig! in der Mitte.) Nebner dankte höflich allen Parteien für die ehrige Mitarbeit, durch die sie so dazu beigetragen hätten, daß die zweite Kriegszeittagung des sächsischen Landtages, wie freudig zu begrüßen sei, trotz der Auseinandersetzungen, die nun einmal zur Klärung der ganzen Sache notwendig gewesen seien, doch noch einen harmonischen Ausgang nehme. (Lebhafte Bravo! in der Mitte.)

Abg. Dr. Hähnel (cons.):

Frühpfe an die Ausführungen des Vorredners an, in denen er voll mit ihm übereinstimme, die Not liege zum größten und zum weitesten dort, wo es sich um solche Personen handle, die nieber ihrer Arbeit, ihrer Berufstätigkeit nachgehen könnten, und doch nicht die öffentliche Wohlfahrt in Anspruch nehmen wollten. Dafür sei es ausgeschlossen, daß irgendeine Partei, am allerwenigsten etwa die konseriativen Partei, sich dem verschuldeten schenke, daß es dringend notwendig sei, nach dieser Richtung hin Ablöse zu schaffen. Für den Standpunkt der konseriativen Partei und der Vertreter der konseriativen Partei in der Deputation sei doch die Verhandlung selbst und vor allen Dingen das Resultat, daß erzielt worden sei, maßgebend. Der Bericht der Deputation sei erst vor kurzem vertreten worden, sodass es selbst denken, die in der Deputation gewesen seien, nicht möglich gewesen sei, noch einmal den Deputationsbericht durchzulesen. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß, wenn einzelne Äußerungen hier im Plenum erfolgten, man dafür nicht unbedingt etwa die konseriativen Partei als solche verantwortlich machen könne. Diese habe ebenso wie die anderen Parteien nur das Allgemeinwohl im Auge gehabt. Nebner ging dann zunächst auf die Ausführungen des Hrn. Abg. Lange ein, die er nicht wie der Hr. Abg. Dr. Riehle-Rausch für humoristisch, sondern sehr ironisch hielte. Die Fronte sei ja eine sehr geistreiche Tasse, aber in einer solch wichtigen Angelegenheit komme man eigentlich damit nicht weiter. In einer so wichtigen Angelegenheit müsse eben vor allen Dingen Gelegenheit gegeben werden, nicht nur in der Deputation, sondern auch im Plenum definitiv nach jeder Richtung hin Klärung zu schaffen, auch da nun einmal, wenn es sich um die Nahrungsmittel hande, die Landwirtschaft in vorheriger Linie habe, bezüglich der Stellung der Landwirtschaft, und es hätten gewisse Fragen, die das Unsehen der Landwirtschaft im allgemeinen herabzuspielen geschnitten seien, mit zur Klärung gebracht werden müssen. Er habe deshalb selbst zwei Anträge in der Deputation gestellt wegen der beiden hauptstädterischen Gesichtspunkte, nämlich um über das Getreide und die Kartoffeln Klarheit zu schaffen. Er habe gefragt: „Wieviel Tonnen Getreide wurden am 26. Januar 1915 beschlagnahmt?“ und „Wieviel davon befindet sich in eicher Hand?“ Die Antwort habe noch nicht gegeben werden können. Er glaube aber, die Landwirtschaft könne mit Rücksicht dem Resultat entgegensehen. Bei den Kartoffeln sei ja die Sache kritischer, weil es einen Stichtag nach dieser Richtung hin nicht gebe. Über immerhin habe er die Anfrage gestellt: „Wieviel Speisefutterfelder wurden von den Kommunalverbänden bei der Zentralstelle in Berlin als Bedarf angemeldet, wieviel davon wurde abgeschoben?“ Es habe sich herausgestellt, daß viel weniger Kartoffeln abgeschoben worden seien, als die Kommunalverbände angemeldet hatten. Daraus sei der Überstand erwachsen, der an einer Stelle zur Erreichung gekommen sei. Nach seiner Ansicht liege darin in der Hauptstadt die große Differenz, die sich herausgestellt habe. Jedenfalls sei aber die Art und Weise, wie man die Kartoffelverbände ermittelt

habe, eine vollständig unanständige und unrealistische gewesen. Er sage das nicht, um nachträglich zu kritisieren, sondern damit in Ruhm, wenn die Sache wiederum an die Landwirtschaft herantrete, sie besser und richtiger gemacht werde. Es sei zu zugeben, daß eine Bestandsvermittlung außerordentlich schwierig durchführbar ist, bei der Krise aber sei es nach seiner Erfahrung möglich. Dort müsse die Bestandsaufnahme einzepen. Unmittelbar nach der Krise werde man jedenfalls einen viel aufreißeren Überblick haben als bei der städtischen Bestandsaufnahme. Ähnlich verhalte es sich auch beim Fleisch. Aus alledem gehe hervor, daß nicht die Landwirtschaft an der Preissteigerung schuld sei. Man könne es nicht immer beurteilen, ob ein Bucher vorliege oder nicht. Sie beurteilen den Bucher ebenso wie alle anderen Parteien. Wenn wirklich einzelne Fälle vorkommen seien, so dürfen diese nicht verallgemeinert und ihnen vorgeworfen werden, daß sie nicht die rechte Absicht hätten, in dieser wichtigen Frage mitzuwirken. Die konseriative Fraktion nehme für sich wie jede andere Partei in Anspruch, in dieser wichtigen Frage zum Wohle des Volkes und zur Erleichterung des Volkslebens mitgewirkt zu haben und weiter mitzuwirken. (Bravo! rechts.)

Nachdem die Abg. Kleinheimpel (nl), Krause (soz.) und Vizepräsident Oppitz (cons.) auf Wort verzichtet hatten, wurde die Debatte geschlossen.

Es folgten dann die Schlussworte der drei Berichterstatter Abg. Lange (soz.), Schmidt (cons.) und Göpfert (nl), in denen sie auf die verschiedenen Äußerungen sachlicher wie persönlicher Art kurz eingingen.

Schließlich nahm die Kammer nach einer tatsächlichen Berichtigung des Abg. Günther (ortschr. Bp.) gegenüber den Ausführungen des Abg. Schreiber (cons.) die Anträge der Deputation einstimmig an.

Präsident:

Er freue sich, daß es durch die außerordentliche intensive Tätigkeit der Deputation gelungen sei, diesen außerordentlich wichtigen Gegenstand in der Kammer zu erledigen, und er glaube, im Sinne der Kammer zu handeln, wenn er nicht nur die Deputation in ihrer Gesamtheit, sondern auch vor allen Dingen den Herren Berichterstattern und dem Verfasser des Berichtes den besonderen Dank des Hauses dafür ausspreche. (Bravo!) Ebenso erkenne er dankbar an, daß der Königl. Staatsregierung durch ihr Entgegenkommen die Arbeit der Deputation sehr wesentlich gefördert habe. (Sehr richtig!)

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 19 Minuten nachmittags.)

II. Kammer.

17. öffentliche Sitzung am 14. Juli.

Der Präsident Dr. Vogel eröffnete die Sitzung um 5 Uhr 9 Min. nachmittags.

Amtierender Sitzende anwesend: Die Regierungskommissionen Ministerialdirektoren Wirsching, Geh. Rat Dr. Roscher, Eggenberg, und Geh. Rat Dr. Kumpelt.

Die Tagesordnung war folgende:

1. Schlussberatung über den mündlichen anderweitigen Bericht der außerordentlichen Deputation II über den mittleren Königl. Dekret Nr. 7 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes, die Hinausschiebung der Neuwahlen für die Zweite Kammer der Ständeversammlung betreffend. (Drucksache Nr. 26.)

2. Schlussberatung über den anderweitigen mündlichen Bericht der außerordentlichen Deputation III über das Königl. Dekret Nr. 11 über eine auf Grund von § 88 der Verfassungsurkunde erlassene Verordnung, die Genehmigung zur Errichtung von Gemeinde- und Schulparfassen betreffend. (Drucksache Nr. 27.)

Da die Deputation über Punkt 1 noch Verhandlungen führte, wurde zuerst Punkt 2 beraten.

Berichterstatter Abg. Möller-Leipzig (soz.):

berichtete über den abweichenenden Entwurf, den die Zweite Kammer in vorliegender Sache gezeigt hat. Er weise insofern ab, als der von der Zweiten Kammer beschlossene Entwurf, daß die Verordnung am 31. Dezember außer Kraft treten soll, wegfallen. Die Gründe dafür seien nur folgende. Die Zweite Kammer sei, soweit er erfahren habe, in ihrer übergroßen Mehrheit für die Schaffung eines Sparlohnengesetzes, jedoch beschränkt, daß die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 etwas zu kurz sei, um ein entsprechend gut vorbereitetes Gesetz bis dahin anzuarbeiten und einzubringen. Dann seien verfassungsmäßige Zweifel aufgetaucht bezüglich des § 88 der Verfassung, inwieweit die Ständeversammlung berechtigt sei, eine Verordnung der sächsischen Regierung abzuändern oder in einem anderen Falle, wie es hier liege, auf ihre Gültigkeit zu prüfen. Er nehme jedoch an, daß die Zweite Kammer im Einigungsvorhaben von ihren Beschlüssen zurücktreten werde, und daß eine Einigung dementsprechend dann zustande komme. Sie hätten die Gründe der Ersten Kammer in nochmaliger Beratung sehr eingehend gewürdigt, seien jedoch zu leinem anderen Entschluß gekommen und beantworteten:

die Kammer wolle beschließen, bei ihrem Beschuß vom 9. Juli 1915, zum Ende und Inhalt der Verordnung vom 19. Februar 1915 die verfassungsmäßige Zustimmung nachträglich zu erteilen, mit der Voraussetzung, daß die Verordnung am 31. Dezember 1918 außer Kraft tritt, sieben zu bleiben.

Die Kammer nahm diesen Antrag einstimmig an.

Zu dem anderen Punkte berichtete:

Abg. Dr. Böhme (cons.):

Aus dem Bericht der Ersten und Zweiten Deputation geht hervor, daß die Zweite Kammer mit dem § 1 ihrer Fassung einverstanden gewesen sei. Es habe sich lediglich eine Differenz ergeben wegen der Fassung des § 2. Die Zweite Kammer habe Wert darauf gelegt, daß schon in dem gegenwärtigen Gesetz alle die Bestimmungen getroffen würden, wonach allen diejenigen, die als Kriegsteilnehmer oder infolge des Krieges eine Einbuße oder Minderung an ihrem Wahlrecht erlitten, wieder in den späteren Zusatz zurückverkehrt werden sollten. Die Erste Kammer habe lediglich in § 2 allgemein, und zwar allgemeiner noch, als es in der Fassung der Zweiten Kammer enthalten sei, den Grundzusatz aufgestellt:

„Die Kriegsteilnehmer und alle, deren Stimmberecht durch den Einzug des Krieges geschmälert worden ist, behalten ihr Wahlrecht für die Landtagswahl im Jahre 1917 unverändert.“

Es bleibt vorbehalten, die näheren Bestimmungen durch ein vom nächsten Landtage zu verabschiedendes Ausführungsgesetz zu treffen.“

Die Deputation habe in ihrer großen Mehrheit es nicht vermodert, die Grunde, welche die Zweite Kammer in ihrem Bericht für ihre Stellungnahme angeführt habe, zu billigen und ihnen beizutreten. Sie ist vielmehr der Auffassung gewesen, daß es eine

Bu b berichtete

Abg. Möller-Leipzig (fol.):

Innern des Vereinigungsvorhabens sei folgender Vergleichsvorschlag einstimmig angenommen worden: „Zum Erlass und Inhalt der Verordnung vom 19. Februar 1915 die verfassungsmäßige Zustimmung nachträglich zu erteilen mit der Maßgabe, daß die Verordnung am 31. Dezember 1920 außer Kraft tritt.“

Die Kammer hat dies einstimmig und erteilte sodann noch dem Präsidenten die Einrichtung, die rückständigen Ständischen Schriften zu prüfen und zu genehmigen.

Zur Geschäftsvorordnung sprach sodann

Abg. Hettner (nl.):

Eine der wichtigsten, wenn nicht die wichtigste Angelegenheit, die diesem Landtag vorgelegen habe, sei die durch die Denkschrift im Dekret Nr. 8 zur Kenntnis gebrachte Frage. Die Erste Kammer habe soeben in ihrer Sitzung erklärt, daß von der Zweiten Kammer überhaupt kein Besluß auf diese Denkschrift gesetzt werden sei. Er halte diese Annahme nicht für richtig. Die Beschlüsse, die in dieser Kammer durchweg einstimmig und im Einverständnis mit der Staatsregierung zustande gekommen seien, schlossen sich zwar äußerlich an einen aus der Mitte des Hauses hervorgegangenen Antrag an, sie bildeten aber inhaltlich die Antwort auf die von der Regierung überreichte Denkschrift. (Sehr richtig!) Er stelle fest, daß diese wichtige Angelegenheit durch die Art, wie sie in der Ersten Kammer behandelt worden sei, nicht zu dem verfassungsmäßigen vorgezeichneten Abschluß gebracht werden könne. (Sehr wahr!) Er stelle weiter fest, daß es jedenfalls nicht an der Zweiten Kammer liege, wenn ein verfassungsmäßiger Besluß auf diese so überaus wichtige Frage nicht habe gesetzt werden können. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Bindermann (fol.):

Er schließe sich im Namen seiner Fraktion dem lebhaften Bedauern des Hrn. Abg. Hettner an und möchte der Regierung gegenüber betonen, daß sie es jetzt mit einstimmig gefassten Beschlüssen der Zweiten Kammer zu tun habe und demzufolge im Bunde mit ihren Intentionen ausüben möge. Er bedauerte, daß bei der wichtigsten Frage, welche die ganze Bevölkerung im Lande bewege, die Erste Kammer hier verzagt habe. (Sehr richtig!)

Abg. Günther (fortsc. Bp.):

Auch er spreche sein und seiner Freunde lebhaftes Bedauern über die ablehnende Haltung der Ersten Kammer aus. (Sehr richtig!) Die Frage der Volksmehrung sei für das ganze Land von so großer Bedeutung (Sehr richtig!), daß sich schon allein um dieser Angelegenheit willen die Einberufung des außerordentlichen Landtages rechtfertigen ließe. Wenn die beiden Kammern nicht die nötige Zeit dazu gehabt hätten, eine so hochwichtige dringende Angelegenheit in Verein mit der Staatsregierung zu erledigen, dann werde man draußen im Lande nicht verfehlten können, warum der außerordentliche Landtag hier überhaupt zu dieser Frage getagt habe. (Sehr richtig!)

Vizepräsident Opitz (Conf.):

Er möchte doch nicht unterlassen, nachdem die Vertreter sämtlicher Fraktionen in dieser Geschäftsvorordnungsdebatte ihre Ansicht zu erkennen gegeben hätten, auch von der konservativen Fraktion aus zu erklären, daß sie in bezug auf die Einberufung des in Frage kommenden Regierungslandes hinter keiner Fraktion des Hauses zurückzubleiben. Sie bedauerten auch, daß die Erste Kammer nicht in einem verfassungsmäßigen Abschluß der Verhandlung und der Materie gelangt sei, ohne indes zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Auch sie hofften, daß trotz des formal unvollendet gebliebenen Werkes doch die Wirkung der vorherigen Erklärungen, welche die Zweite Kammer abgegeben habe, dieselbe sein werde als im anderen Falle. (Bravo! rechts.)

Präsident:

Wir sind damit an dem Schluß dieser außerordentlichen Tagung angelangt. Während dieser Tagung haben 18 Sitzungen der Zweiten Kammer, 2 Sitzungen der 1. Abteilung, 3 der zweiten Abteilung, 4 der dritten Abteilung, 1 der vierten und 2 der fünften Abteilung stattgefunden, weiter 11 Sitzungen der außerordentlichen Deputation I, 13 der außerordentlichen Deputation II und 12 der außerordentlichen Deputation III. Sitzt eben also, daß in diesen Tagen fleißig gearbeitet worden ist, und mit Freude können wir feststellen, daß von uns aus alle die Aufgaben zu einer glücklichen Lösung gebracht worden sind, die dazu beitragen sollen, unsere wirtschaftliche Kraft und organische Leistungsfähigkeit in dieser schwierigen Kriegszeit aufrecht zu erhalten. Und wenn es uns ge-

lungen ist, auch wenigstens alle ausschlaggebenden Beschlüsse in voller Einmütigkeit zu fassen und zugleich in voller Übereinkunft mit der Staatsregierung und in den meisten Fällen wenigstens auch mit der jenseitigen Kammer, so soll diese Einmütigkeit auf neue wieder vor aller Welt bestehen, daß das ganze deutsche Volk nach wie vor nur ein Ziel verfolgt: in diesem und aufgezwungenen Kampf des Vaterlandes und seine Kultur bis zum letzten Blutströpfchen zu verteidigen. (Bravo!) Und wenn nun auch diese Einmütigkeit in bezug auf einen Gegenstand, den allerdings auch ich und den zweitförm das gehabt habe, vollgültige gemeinsame Beschlüsse zu fassen, so sind sie doch von unserer Kammer gefasst worden (Bravo!), und ich rechne mit Bestimmtheit darauf und zweifle nicht einen Augenblick daran, daß die Staatsregierung den von uns gefassten Beschlüssen trotzdem, daß sie vielleicht nicht in allen Formen zu zwingendem gemacht worden sind, die volle Beachtung schenkt (Lebhafte Zustimmung). Und damit würde dann eben doch das erreicht sein, was wir in erster Linie als das Ziel unserer Tätigkeit angesehen haben (Lebhafte Bravo!). Und wie dürfen hoffen, daß dann diese von uns gefassten Beschlüsse auch ihre Wirkung nach außen voll und ganz verwirklichen, daß sie zeigen, wie in ganz Deutschland und speziell in Sachsen der Willen, alles zu tun, was wir tun können (Abg. Günther: Ohne die Erste Kammer!), ungebrochen nach wie vor besteht. (Lebhafte Bravo!) Wenn nun unsere lieben feldgrauen Kollegen wieder hinausziehen in das Kampfgebiet und in den militärischen Dienst, so hoffen wir, daß wir ihnen recht bald nach ruhmvollen Erfolgen ein frohes Wiedersehen versetzen können und daß sie uns dann das bringen, wonach wir uns lange sehnen, den Frieden. Wir aber, die wir hier in der Heimat zurückbleiben, wir wollen, wie wir das Jahr über schon getan haben, nicht erlahmen in der Liebe zum Vaterlande und in dem felsenfesten Entschluß, durchzuhalten bis zum endgültigen Sieg, durchzuhalten bis zu einem ehrenvollen, den furchtbaren Opfern entsprechenden, dauernden Frieden. (Lebhafte Bravo!) Damit rufe ich Ihnen ein herzliches Lebewohl zu. (Lebhafte Beifall!)

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 4 Minuten.)